



AUS DEM GEMEINDERAT

## Wir ergreifen Partei für bezahlbare Wohnungen

Die steigenden Mieten zählen zu den grössten Sorgen der Schweizer Bevölkerung. Das Sorgenbarometer der Credit Suisse zeigt, dass neben den steigenden Gesundheitskosten bei keinem anderen Thema die Sorge so stark gewachsen ist wie beim Wohnen. Das ist auch nicht besonders verwunderlich. Im Kanton Zürich zum Beispiel sind die Mieten in den letzten 20 Jahren um rund 50 Prozent gestiegen. Das betrifft nicht nur die Stadt Zürich, sondern auch Gemeinden wie Kloten.

In Kloten wurde die Problematik durch die Verdichtungsstrategie besonders angeheizt, da dadurch immer mehr bezahlbarer Wohnraum verschwindet. Zwar ist die Verdichtung grundsätzlich etwas Positives, denn es ist unbestritten, dass mehr Wohnraum benötigt wird, und es macht Sinn, dass das bestehende Siedlungsgebiet das Bevölkerungswachstum auffängt, um so eine noch grössere Zersiedelung zu verhindern. Dennoch muss diese Verdichtung sozialverträglich gestaltet werden, damit niemand verdrängt wird und auch in Kloten Wohnen für alle möglich bleibt. Das ist ein Kernanliegen der SP, für welches wir uns seit Jahren starkmachen.

Als die SP den Stadtrat 2010 fragte, ob er eine Strategie habe, wie man den gemeinnützigen Wohnungsbau in Kloten



«Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Kloten eine Stadt bleibt, in der sich alle das Wohnen leisten können.»

Max Töpfer  
Gemeinderat SP

fördern könnte, war die Antwort kurz zusammengefasst: Nein. 14 Jahre später sieht die Situation auch dank der Hartnäckigkeit der SP zum Glück anders aus:

- In der Chasern entwickelt die Stadt Kloten zusammen mit einer Baugenossenschaft die stadtteigene Baulandreserve, um dort über 100 gemeinnützige und damit auch bezahlbare Wohnungen zu realisieren, darunter auch Alterswohnungen. Die SP hat sich während der Corona-Zeit dafür stark gemacht, dass das Projekt nicht sistiert wird.

- Die im Juni vom Gemeinderat beschlossene Revision der Bau- und Zonenordnung sieht für das Steinackerquartier einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen von 20 Prozent vor. Damit wird jede fünfte Wohnung in Klotens neuem Quartier bezahlbar sein. Auch hier hat die SP bereits 2021 eine entsprechende Forderung aufgestellt.

- Im März dieses Jahres sagten rund 73 Prozent der Stimmberechtigten ja zum Gegenvorschlag zu unserer Bodeninitiative. Dieser Gegenvorschlag wurde von der SP mit dem Stadtrat ausgehandelt und stärkt die Position der Stadt auf dem Immobilienmarkt. Dank höherer Finanzkompetenzen für den Stadt- und Gemeinderat kann die Stadt Kloten auf dem nächsten Montag schneller handeln und aktiv Land erwerben. Solche Landkäufe können auch dem gemeinnützigen Woh-

nungsbau zugutekommen. Das sind nur einige Erfolge in der Wohnbaupolitik, die ohne das Wirken und Zutun der SP wahrscheinlich nicht zustande gekommen wären. Wir sind aber noch lange nicht am Ziel. Auch mit den preisgünstigen Wohnungen im Steinacker kann der Anteil gemeinnütziger Bauträger am Klotener Wohnungsmix nur bei um die 10 Prozent gehalten werden. Das ist zu wenig, denn auch in den «alten» Quartieren braucht es mehr gemeinnützige Wohnungen, die ohne überteuerte Rendite und damit deutlich günstiger vermietet werden. Nur so kriegen wir die Wohnungskrise in den Griff.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt das Thema ein wichtiger Schwerpunkt unserer politischen Arbeit. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass Kloten eine Stadt bleibt, in der sich alle das Wohnen leisten können. Wir sind überzeugt, dass eine sozialverträgliche Stadtentwicklung möglich ist – für ein lebenswertes Kloten, für alle.

In der Rubrik «Aus dem Gemeinderat» schreiben Klotener Gemeinderäte wöchentlich einen Beitrag. Alle im Parlament vertretenen Parteien bekommen hierzu regelmässig Gelegenheit.

### LESERBRIEF

#### Mammutprojekt Glattalbahn-Verlängerung

Lange war ich unentschieden gegenüber diesem kantonalen Mega-Projekt, doch nach dem Studium der im Internet verfügbaren Unterlagen ist für mich klar: Es ist ein Planungsmonster mit exorbitanten Kosten und unklarer Zielsetzung und Interessenlage (eine halbe Milliarde Franken, die immer auch eine entsprechende Umweltbelastung bedeuten).

Im Zentrum der Vorlage steht die Verlängerung einer Tramlinie am äussersten Nordrand der Agglomeration Zürich um fünf Haltestellen. Doch die Grundfrage muss heute auch beim öffentlichen Verkehr erlaubt sein, zumal Unterhalts- und Betriebskosten nicht einfach ausgeblendet werden dürfen: Überzeugt dieses Projekt wirklich? Die voraussichtlichen Frequenzzahlen an dieser Lage dürften nicht sehr hoch sein. Die letzte Verlängerung der Linien 10 und 12 vor rund 15 Jahren führte immerhin noch durch das Herz der Region mittleres Glattal bis zur Station Flughafen Fracht. Die Frequenzzahlen dieser letzten Station scheinen mir eher gering zu sein. Und vor allem: Die Linienführung durch das enge Stadtzentrum ohne Anschluss an den Bahnhof Kloten in ein erst noch zu realisierendes neues Quartier ist ausserordentlich unbefriedigend. Die Antwort lautet: Nein, das Projekt überzeugt nicht.

Statt dessen gäbe es eine einfache, in jeder Hinsicht zukunftsweisendere Alternative. Das gesamte Einzugsgebiet dieser Tramlinie samt Steinackerquartier ist mit dem ÖV bereits sehr gut erschlossen (Bahnhof Kloten und Busbahnhof und Bahnhof Flughafen), die Feinverteilung ist mit dem Velo in 5 bis 10 Minuten ebenfalls sehr gut möglich. Um nun das Verkehrssystem noch besser für die Zukunft zu rüsten, müsste lediglich eine Reihe markanter Verbesserungen am bestehenden Verkehrsnetz zugunsten des Veloverkehrs vorgenommen werden: Dorf-, Linden- und Schaffhauserstrasse, Kreuzung/Kreisel Wilder Mann und andere sowie bei der Veloschnellverbindung von Bassersdorf beziehungsweise Opfikon-Glattbrugg her bis zum Flughafen. Würden diese Massnahmen konsequent umgesetzt, könnten Bevölkerung und Arbeitnehmer und



Bei der Bauausschreibung des Projekts Glattalbahn wurden alle Bäume, die für die Aufwertung des Altbachs gefällt werden müssen, mit Bändern bezeichnet. BILD DANIEL JAGGI

insbesondere die Bewohner des neuen Steinackerquartiers guten Gewissens zum Umsteigen auf dieses für kurze und mittlere Distanzen in jeder Beziehung ideale Verkehrsmittel motiviert und eingeladen werden. Voraussetzung dafür wäre eine mehrjährige Veloförderungskampagne im grossen Stil mit energischer Öffentlichkeitsarbeit durch Stadt und Kanton (Fachstelle Veloverkehr) sowie in enger Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden, den lokalen Arbeitgebern und Angestelltenorganisationen (insbesondere Flughafen). Damit würde nicht nur das Verkehrssystem entlastet, auch beträchtliche Folgekosten für Betrieb und Unterhalt der Tramlinie würden dahinfallen. Man wäre nicht von einem Taktfahrplan abhängig, und ganz wichtig: Der Veloverkehr wie auch die Buslinien und der wirklich notwendige motorisierte Individualverkehr würden durch diese Bahn quer durch das Zentrum der Stadt nicht zusätzlich behindert. Zum restlichen Teil der Planung, der sich in Widerspruch zum Grundsatz der Einheit der Materie angehängt hat: Der Umweltschaden des Projekts überwiegt den Umweltnutzen bei weitem.

Die Abholzung des ökologisch wertvollen alten Baumbestandes entlang des Altbachs – eigentlich der grünen Lunge Klotens –, der meist gar älter als die Flughafenstadt selber ist, wäre meines Erachtens eine Sünde. Wenn die Stadt stattdessen Gestaltung und Unterhalt dieses 1,2 Kilometer langen Grünraums in Zusammenarbeit mit dem Kanton selber übernehmen würde, könnten an verschiedenen Orten zusätzliche Verbesserungen für Natur und Mensch erreicht werden. Dass auch noch der kleine Benseebach zur Rechtfertigung dieses Mammutprojekts herhalten muss, ist bezeichnend. Führt er etwa offen durch das neue Steinackerquartier? Mehr Bäume pflanzen und «Blumentepiche» auslegen können Gartenbauer immer, doch bis der gegenwärtige ökologische Naturbestand wieder erreicht wäre, würden mit Sicherheit mehr als 75 Jahre vergehen.

Hochwasserschutz: Mir sind im Gegensatz zur Stadt Zürich keine Hochwasservorfälle in der Geschichte Klotens bekannt, die das Projekt in dieser Hinsicht als dringlich ausweisen würden. Zusammenfassend lässt sich sagen: Es stimmt schon nachdenklich, wie ge-

schlossen sich die offizielle Politik hinter dieses Projekt stellt (inklusive SP, GLP und GP). Dies erinnert auf erstaunliche Weise an ein anderes Grossprojekt, dem Kloten vor bald 50 Jahren beinahe zum Opfer gefallen wäre, hätte sich nicht im letzten Moment eine mutige und tatkräftige ausserparlamentarische Opposition dagegen gebildet. Es trug den Namen Nordring und war ein Teilstück des kantonalen Autobahnprojekts Kloten-Bassersdorf-Brüttsellen (4-spurig, richtungstrennt, damalige Kosten 182 Millionen). Es hätte die Stadt brutal vom grössten offenen Naherholungsgebiet, dem Gerlisberger Südhang, abgeschnitten und diesen mit Lärmmissionen bleibend entwertet, obwohl nur eine geringfügige Entlastung der Dorfstrasse erwartet wurde. Eine Petition mit über 6000 innert 10 Tagen gesammelten Unterschriften führte im Dezember 1976 im Kantons- und Regierungsrat zu einem Umdenken, das verhinderte, dass bereits im übernächsten Jahr die Bagger am Fusse des Gerlisbergs aufzuhören. Diese Planung ist zum Glück nunmehr Geschichte. Es bleibt sehr zu hoffen, dass auch heute jemand die Initiative ergreift und sich engagierte Menschen zum Sammeln von Unterschriften gegen dieses Mega-Projekt bereift finden. Damit würde der Weg frei für eine sinnvollere Planung mit klarer und nachhaltiger Prioritätensetzung.

Christian Cunier, Kloten

### LESERBRIEFE UND EINSENDUNGEN

Bitte beachten Sie, dass Leserbriefe immer mit dem Vor- und dem Nachnamen sowie der Wohnadresse gekennzeichnet werden müssen. Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht. Der «Klotener Anzeiger» nimmt auch Einsendungen entgegen. Dabei kann es sich um Vorschläge für Veranstaltungen oder auch Berichte über Generalversammlungen oder Veranstaltungen handeln. Senden Sie die Einsendungen per Mail in einem Word-Dokument. Gleichzeitig dürfen auch Bilder angefügt werden. Sie müssen aber in einer guten Auflösung vorhanden sein (rund 1 MB).

Leserbriefe und Einsendungen bitte an folgende Adresse senden: redaktion@kloteneranzeiger.ch oder per Post an «Klotener Anzeiger», Buchhauserstrasse 11, 8048 Zürich

### Philipp Graf wird «höchster Klotener»

Am kommenden Dienstag findet im Stadtsaal Schluflweg eine weitere Sitzung des Gemeinderates statt. Start ist um 18 Uhr. Die Sitzung ist öffentlich.

Besonders viele Traktanden stehen aber nicht an, denn im Zentrum steht die Wahl der Leitung des Gemeinderates. Nach einem Jahr als Präsident geht Silvan Eberhard (SVP) turnusgemäss wieder an seinen angestammten Platz im Gemeinderatssaal zurück. An seiner Stelle ist der 1. Vizepräsident vorgeschlagen. Es ist Philipp Graf von der SP, der damit für ein Jahr «höchster Klotener» werden dürfte. Als Nachfolger von Graf schlägt die Interfraktionelle Konferenz (IFK) den 2. Vizepräsidenten, Reto Schindler (Grüne), vor. Ins «Büro» nachrückend soll als neuer 2. Vizepräsident Florian Ruesch von der SVP.

Bevor es aber zur Wahl der Ratsleitung kommt, nimmt Tania Woodhatch (EVP) zur Antwort des Stadtrates auf ihre Interpellation Stellung. Darin geht es um die Förderung der gemeinschaftlichen Selbsthilfe. Ferner wird Max Töpfer (SP) seinen Vorstoss zu den «Auswirkungen des 2. Schritts der SV17 auf den Finanzhaushalt der Stadt Kloten» begründen. (dj.)

### INTERPELLATION

#### Bald geringere Steuereinnahmen?

Der Regierungsrat will den Gewinnsteuersatz für Unternehmen von 7 auf 6 Prozent senken. Für Max Töpfer stellt sich angesichts dieses Ansinnens die Frage, welche finanziellen Konsequenzen die Senkung für die Stadt Kloten hätte, deren Steuererträge zu knapp 65 Prozent von juristischen Personen stammen. In einer Interpellation verlangt der SP-Gemeinderat vom Stadtrat dazu eine Einschätzung. Er will ferner wissen, wie vielen Steuerfussprozenten der Minderertrag entsprechen würde. Zudem fragt er, ob der Stadtrat die möglichen Mindererträge bei der Finanzplanung bereits berücksichtigt hat.

Hintergrund des Vorstosses ist die vom Zürcher Regierungsrat im November letzten Jahres dem Kantonsrat beantragte Änderung des Steuergesetzes. Darin wird mit dem zweiten Schritt zur Umsetzung der Steuervorlage 17 eine Senkung des Gewinnsteuersatzes um ein Prozent vorgeschlagen. Die zuständige Kommission habe ihre Beratungen unterdessen abgeschlossen und die Vorlage dürfte bald vom Kantonsrat verabschiedet werden, schreibt Töpfer in seinem Vorstoss. Für ihn ist klar: «Eine Senkung des Gewinnsteuersatzes hat auch direkte Auswirkungen für die Gemeinden. Insbesondere für die Stadt Kloten, deren Steuererträge zu einem grossen Teil von juristischen Personen stammen.» Töpfer weiter: «Der Regierungsrat ist sich dessen bewusst, weshalb er auch eine Schätzung für die Mindereinnahmen machte. Diese Schätzungen beruhen jedoch auf dynamischen Modellrechnungen, welche sehr viele Ungewissheiten beinhalten und deren Effekte wenn, dann erst nach einigen Jahren eintreffen würden.» Schauen man sich die Mindereinnahmen der Vorlage anhand der Zahlen von 2023 an, so würden sich diese auf über 350 Millionen Franken für den Kanton und die Gemeinden belaufen.

Entsprechend wichtig sei es deshalb, die wahren Konsequenzen der Senkung des Gewinnsteuersatzes zu kennen. «Vor allem auch mit Blick darauf, dass die Kantonsratskommission die Vorlage gegenüber dem Antrag des Regierungsrates noch verschlechtert hat», so Töpfer. (dj.)